

Tarek Al-Wazir
Staatsminister

Hessisches Ministerium für Wirtschaft,
Energie, Verkehr und Landesentwicklung



Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr
und Landesentwicklung, Postfach 31 29, 65021 Wiesbaden

Herrn Bürgermeister
Ralf Möller
Riedbahnstraße 6
64331 Weiterstadt

Wiesbaden, den 10. Juli 2015

**Studie des BMVI „Entwicklung einer verkehrlichen Konzeption für den Eisenbahnkorridor
Mittelrheinachse – Rhein/Main – Rhein/Neckar – Karlsruhe“**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

unter dem 23. Juni diesen Jahres haben Sie mir einen offenen Brief geschrieben über dessen Inhalt in der Presse zu lesen war, bevor er mich erreichte. Nach unserem Telefonat am 25. Juni haben Sie mir diesen auch übermittelt, wofür ich mich bedanke.

Die Region hat ihre gemeinsame Stellungnahme zur sog. Korridorstudie des Bundes am 3. Juni 2015 in meinem Haus erörtert und abgestimmt. Hierzu waren Sie eingeladen, waren allerdings verhindert und haben eine Vertretung geschickt. Zudem hat mein Haus am Tag vor der Veranstaltung die Präsentation verschickt, die Gegenstand der Erörterung war. Sie enthielt die nunmehr von Ihnen kritisierten Varianten 5a und 5b, sowie die vorgeschlagene Vorgehensweise. Von Ihrem offenen Brief habe ich durch die Presseberichterstattung erfahren. Nach der gleichen Berichterstattung sollen Sie bemängelt haben, die betroffene Gemeinde Weiterstadt habe erst aus der Zeitung von den fraglichen Verbindungskurven Kenntnis erhalten können. Diese Berichterstattung beruht offenkundig auf unzutreffenden Informationen.

In der Sache habe ich Ihnen in unserem Telefonat die Hintergründe dafür erläutert, den Bund auch um Prüfung der beiden Kurven nördlich und südlich des Weiterstädter Stadtgebietes zu bitten. Hintergrund ist, dass es gerade nicht darum geht Weiterstadt von Bahngleisen einzukesseln, sondern vielmehr eine Entlastung gegenüber der Bestandssituation zu schaffen. Insofern sind die Varianten 5 a und 5 b mit der in der Korridorstudie dargestellten Variante 1, die in der Tat eine Einkesselung darstellen würde, in keiner Weise vergleichbar. Insbesondere bei der Variante 5 a ergeben sich hingegen nach meiner Einschätzung Möglichkeiten, die für die Weiterstädter Bürgerinnen und Bürger mit Chancen einhergehen könnten. Möglicherweise ließe sich sogar die Bestandsstrecke nörd-

lich Weiterstadts von Teilen der vorhandenen Wohnbebauung abrücken. Zudem folgen aus einem Abrücken der Bestandsstrecke Lärmschutzmaßnahmen nach den Grundsätzen der Lärmvorsorge. Meines Erachtens sollten wir daher diese Möglichkeit im Interesse der Betroffenen nicht von vornherein ausschließen, indem wir uns kategorisch einer Prüfung verweigern. Nachdem ich in unserem Telefonat diesbezüglich einen positiven Eindruck hatte, bin ich umso überraschter über Ihre jüngsten Äußerungen.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auch noch einmal betonen, dass wir uns momentan im Stadium der Vorbereitung der Aufstellung des Bundesverkehrswegeplans befinden. Mit der Stellungnahme der Region wird der Bund als Initiator der Korridorstudie lediglich gebeten, die beiden Varianten 5a und 5b zusätzlich zu prüfen. Es schließt sich die sog. Bewertungsphase an, in der die einzelnen Projekte vertiefend untersucht werden. Insofern handelt es sich ausschließlich um eine Bitte um Prüfung im Zuge dieses Verfahrens. Außerdem hat die Stadt Weiterstadt, die wie gesagt am 3. Juni 2015 vertreten war, auf mögliche bauliche Schwierigkeiten der Varianten 5a und 5b hingewiesen, im Übrigen aber keine Vorbehalte geäußert. Bereits hierauf hat mein Haus am 3. Juni zugesagt, dem nachzugehen. Wir werden auf die Deutsche Bahn AG zugehen mit dem Ziel eines gemeinsamen Termins mit Ihrer Verwaltung.

Momentan haben wir eine nahezu einmalige Chance für die Entwicklung des Schienennetzes in der südhessischen Region. Sie würde nicht nur von der ICE-Neubaustrecke und dem möglichen Anschluss an das Fernverkehrsnetz profitieren, sondern auch von einer deutlichen Verbesserung des Regional- und Nahverkehrsangebotes. Diese Möglichkeiten stehen uns aber nur zur Verfügung, wenn wir sie gemeinsam ergreifen. Vor diesem Hintergrund habe ich mich über die Kompromissbereitschaft aller Beteiligten gefreut, sie aber auch als Ausdruck des gemeinsamen Willens verstanden, die Weiterentwicklung der Region zu betreiben.

Sie dürfen sich vor diesem Hintergrund darauf verlassen, dass mein Haus weiterhin auf ein konsensuales Vorgehen bedacht ist. Deshalb werden wir auch gemeinsam mit Ihnen zunächst die Situation vor Ort betrachten und dann ggf. die weitere Kommunikation gegenüber dem Bund auf den Weg bringen. Vor diesem Hintergrund möchte ich Sie deshalb bitten, die Sachlage auf der Grundlage eines Fachgespräches vertieft zu prüfen und an unserem am 03. Juni 2015 gefunden Konsens festzuhalten.

Im Gegensatz zum Vorgehen der Stadt Weiterstadt werde ich dieses Schreiben nicht veröffentlichen. Allerdings erwarte ich, dass Sie dieses Schreiben dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnis geben.

Mit freundlichen Grüßen

